

selben Stunde machte CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms, 58, ein brisantes Detail publik: Die Geiseln seien in Bremen-Vegesack einige Zeit allein im Wagen gewesen. Der Gangster Dieter Degowski sei für zwei bis drei Minuten ausgestiegen, weil er eine Pinkelpause einlegen mußte. Schnoor vor Freunden: „Kenne ich nicht, weiß ich nicht.“ Dabei hatte die CDU sich, auf welchen Wegen auch immer, Papiere besorgt, die auch dem Innenministerium vorlagen – die Vernehmungprotokolle der Geiseln (SPIEGEL 47/1988).

Schlimmer noch für Schnoor: Der Vorgang um Degowski ist auch Bestandteil eines rund 40 Seiten langen Berichts, der für das Innenministerium erstellt worden war – bereits am 28. August. Schnoor hatte noch vorletzte Woche gegenüber Journalisten beteuert, er habe erst am 14. November von dem Degowski-Detail erfahren.

Entweder war der Bericht also Schnoor nicht vorgelegt (die Ministerparaphie fehlt) oder von ihm vergessen, übersehen oder verschwiegen worden – vier gleichermaßen mißliche Möglichkeiten.

Den Bericht, den Schnoor wochenlang nicht gekannt haben will, hatte die Recklinghäuser Ermittlungskommission verfaßt. Die Beamten werteten im August alle vorliegenden Vernehmungen aus und fügten, sicher ist sicher, die Protokolle bei.

Der ministerielle Umgang mit dem Recklinghäuser Report belegt, ebenso wie das organisatorische Durcheinander bei der Gangsterverfolgung und die taktische Fehleinschätzung der Geiselnahme, Raus These von mangelhaftem Krisenmanagement. Im übrigen war im Hause Schnoor zwölf Wochen nach Gladbeck immer noch kein Stab installiert worden, der alle Details der Affäre aufgearbeitet hätte.

Schnoor hatte für sich selber bis Mitte dieses Monats noch keine Dokumentation über die Vorgänge angefordert. Auch sein Staatssekretär Wolfgang Riotte, 50, seit einem Jahr im Amt, bietet der Opposition breite Angriffsflächen. Der Spitzenbeamte, einst Persönlicher Referent von Rau und von ihm auch ins Schnoor-Ministerium empfohlen, hat sich um das Geiseldrama nicht gekümmert. Als Amtschef wäre das seine Aufgabe gewesen, aber er war zu keiner Zeit auf dem laufenden, was besonders Staatskanzlei-Beamte ärgert.

Riotte bewies ebenso wenig politisches Fingerspitzengefühl wie die obersten Polizisten. Wie bei gewöhnlichen Kapitalverbrechen üblich, blieben die Geiselnahme-Akten, wo sie waren – in der Polizeiabteilung. Von dort kamen sie in die Ablage. In der vom Haus angefertigten minutengenauen Chronologie des Dramas taucht die Degowski-Pinkelpause bis heute nicht auf.

Weiteres Beispiel von politischer Naivität: Schnoor und sein Staatssekretär



SPIEGEL-Titel 34/1988
„Mißmanagement im Innenministerium“

hatten sich ganz darauf verlassen, daß das Thema erst eine für Dezember geplante Innenminister-Konferenz beschäftigen werde. Bis dahin, so war vorgesehen, sollte alles vorliegen. Auf den Gedanken, daß die CDU, immer noch auf der Suche nach Themen für die Landtagswahl 1990, nach Schwachstellen graben würde, kamen die Spitzenbeamten nicht.

Der „gute Mensch Herbert“, so Kabinettskollege Hermann Heinemann über Schnoor, hatte sich öfter schon reichlich arglos verhalten. So ließ der Minister für einen CDU-nahen Journalisten, der seit Jahren das sozialdemokratische Innenministerium im Visier hat, ein Polizeipapier über die Kiefernstraße in Düsseldorf anfertigen, das er ihm aushändigte. Kurz darauf wurde das als „interne Polizei-Studie“ deklarierte Schnoor-Papier dazu benutzt, Stimmung gegen die rot-grüne Mehrheit im Düsseldorfer Stadtparlament zu schüren.

Dem mißtrauischen Rau, einem Generalisten für das Große und Ganze, wäre so etwas kaum passiert. Der Ministerpräsident kann auch „nicht verstehen“, warum sein Stellvertreter nach dem Showdown auf der Autobahn sogleich vor die Kameras trat und für alles und jeden die Verantwortung übernahm – Rau hat so etwas nie gemacht.

Jetzt – ein Untersuchungsausschuß ist in Sicht – will der Ministerpräsident selber den Handlungsablauf diktieren. Tagelang hatte Schnoor für eine Sondersitzung des Landtags am Dienstag letzter Woche eine Rede vorbereitet, da zog ihn Rau aus dem Verkehr.

Der Innenminister durfte nichts mehr erklären – Rau wollte verhindern, daß Schnoor sich noch weitere Dellen holt. Gesagt aber hat der Ministerpräsident seinem Genossen etwas anderes, freundlich wie immer.

Rau zu Schnoor: „Du sollst heute zuhören, wie wir hinter dir stehen.“

DDR

Ein für allemal

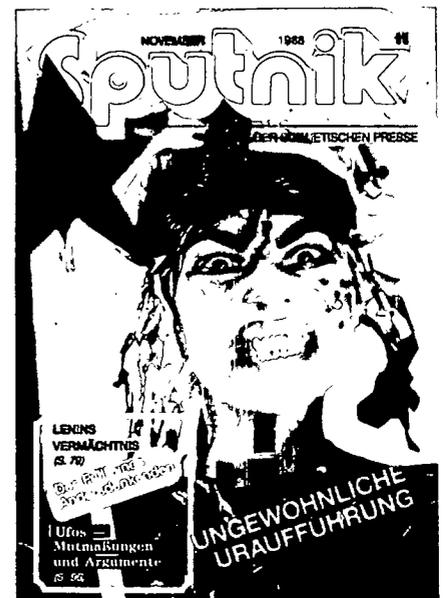
Barsch geht die DDR-Führung gegen sowjetische Infiltration vor. Die SED-Basis muckt auf.

Vor den Schülern ihrer zehnten Klasse erregte sich eine Ost-Berliner Lehrerin über ihre Parteioberen: Das Verbot der Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR sei eine Entmündigung der Parteimitglieder. Darüber werde sie sich höheren Orts beschweren.

Mit ihrem offenen Zorn stand die Einheitssozialistin vorige Woche nicht allein. Landauf, landab artikulieren die ostdeutschen Kommunisten in Parteiversammlungen geharnischten Protest gegen ihre Führung. An der Ost-Berliner Humboldt-Universität pinnten FDJ-Studenten Traueranzeigen und hämische Kommentare ans Schwarze Brett. Am Alex demonstrierte ein Bürger mit einem Plakat gegen das „Sputnik“-Verbot – wenn auch nur ein paar Minuten, bis ihn die Polizei aus dem Verkehr zog.

Ein Ost-Berliner fragte beim Satireblatt „Eulenspiegel“ an: „Sollen wir aus den Schulplänen den Russischunterricht streichen, um der Verlegenheit zu begegnen, eventuell die ‚Prawda‘ aus dem Postzeitungsdienst zu nehmen?“ Die Lehrer könne man dann anderweitig beschäftigen: „Sie übersetzen monatlich tausendmal den Satz ‚Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen‘ ins Russische.“

Der Protestant und Pfarrer Rainer Eppelmann forschte bei dem im SED-Politbüro für Presse zuständigen Genossen Joachim Herrmann brieflich nach, wie lange DDR-Bürger noch Publikationen wie die deutschsprachige „Budapester



Letzte „Sputnik“-Ausgabe in der DDR
„Kommunisten wagten es nicht“

Rundschau“ oder die sowjetische Zeitschrift „Neue Zeit“ ertragen müßten. Tröstlich sei da ja, daß es „die fürsorgende und behelende Hand des Politbüros noch gibt, die uns vor Fehlinterpretationen und Verzerrungen bewahrt“.

Seit Monaten grummelt es an der Basis und unter den Intelligenzieren der SED gegen die Bunkermentalität der Führung, die jede Diskussion über Auswirkungen der sowjetischen Reformpolitik Michail Gorbatschows auf die DDR abblockt. Eine wachsende Zahl von Genossen reagiert mit demonstrativer Rückgabe des Parteibuches.

Die Anordnung, den deutschsprachigen „Sputnik“, eine Art „Reader's Digest“ der sowjetischen Presse, künftig in der DDR nicht mehr zu vertreiben, weil das Blatt der deutsch-sowjetischen Freundschaft abträglich sei und Geschichtsverzerrungen verbreite, ließ den Unmut überkochen. Das Verbot bewirkte genau das, was die Parteispitze verhindern wollte: Nun ist eine offene Kontroverse um Glasnost und Perestroika da, und sie scheint schwer steuerbar.

Der „Sputnik“, früher vor allem langweilige Pflichtlektüre für Funktionäre, war in den vergangenen Monaten zur Kultzeitschrift jener großen Schar von Ost-Bürgern avanciert, die in Michail Gorbatschow den Hoffnungsträger eines menschlicheren Sozialismus sehen. In einer Auflage von 180 000 Exemplaren druckte die Monatszeitschrift kritische Artikel aus der sowjetischen Presse nach, über den Zustand des Sozialismus und über Gorbatschows Reformpolitik. Normalverbraucher in der DDR hatten zuletzt kaum noch eine Chance, das Heft am Kiosk zu ergattern.

Erstmals schlug die SED zu, als in der Oktober-Ausgabe des „Sputnik“ unter der Rubrik „Stalin und der Krieg“ die Mitschuld des Diktators an der Machtübernahme der Nazis in Deutschland behauptet wurde. Besonders empörte die SED-Spitze ein Aufsatz des Schriftstellers Julian Semjonow, in dem es hieß:

Die deutschen Kommunisten wagten es nicht, sich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen die Nazis zu vereinigen. Hätten sie dies getan, so wäre es Hitler nicht gelungen, die Reichstagswahlen zu gewinnen, und die weitere europäische Geschichte hätte wahrscheinlich einen völlig anderen Verlauf genommen.

Die Kritik mußte Altkommunisten wie Erich Honecker und Hermann Axen, die gegen den Nationalsozialismus unter Einsatz ihres Lebens gekämpft und in faschistischen Kerkern gesessen haben, ins Mark treffen. „Das Blatt“, ereiferte sich „Neues Deutschland“ vorigen Freitag, verunglimpfe die deutschen Kommunisten und ihre Verbündeten, die „für ein neues Deutschland ... kämpften und deren Kampf seine Erfüllung fand mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik“.

Die SED antwortete mit einem Verbot. Folge: Tausende Genossen schickten handfeste Proteste gegen die Zensur an ihre Oberen – ein Novum für die straff geführte SED.

Das Politbüro reagierte auf so viel Unbotmäßigkeit mit einem Rundumschlag: Es ließ nicht nur die Verbreitung des „Sputnik“ ab Nummer zwölf auf Dauer verbieten, sondern auch noch fünf sowjetische Filme vorzeitig aus den Kinos entfernen. Und die Jugendklubs der FDJ erhielten DDR-weit Order, alle geplanten Diskussionsabende über die sowjetische Reformpolitik abzusetzen.

Vor den Hörern der Berliner Bezirkspartei-schule verkündete der zweite Sekretär der SED-Bezirksleitung, Helmut Müller, die harte Gangart der Parteifüh-

kelte Gesellschaftsstrategie hat selbst unter komplizierten internationalen Entwicklungsbedingungen ihre Richtigkeit in mehr als eineinhalb Jahrzehnten immer wieder praktisch bewiesen.“

Der VIII. Parteitag war der erste des neuen Parteichefs Erich Honecker und liegt 17 Jahre zurück. Daß die Zeiten, auch im Sozialismus, sich seither geändert haben, diese Erkenntnis sei, argwöhnen immer mehr Genossen, dem SED-Chef und seinen Altgenossen inzwischen weitgehend abhanden gekommen. „Die haben“, so ein kritischer SED-Mann, längst „den Bezug zur Realität verloren“.

Diese Erkenntnis bringen seit Monaten auch westdeutsche Politiker von Besuchen bei Honecker mit: Er mache den Eindruck, als interessierten ihn nur noch



tz, München

„Wo gibt's denn hier Ausreiseanträge in die DDR?“

rung: „Wer eine Partei der Perestroika will, der wird ausgeschlossen.“

Vorgegeben hatten die harte Linie bereits Ende Oktober zwei Politbüromitglieder. Das Handeln aller SED-Mitglieder, so forderte Horst Dohls auf einer Tagung der Berliner SED, „muß bestimmt sein vom unerschütterlichen Vertrauen in die Politik des Zentralkomitees“. Die SED, so der Politbürokrat, habe die Frage nach dem Wesen des Sozialismus „bereits auf dem VIII. Parteitag der SED mit der Formulierung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beantwortet“.

Und zwar, wie Chefideologe Kurt Hager vor Schulräten begründete, offenbar ein für allemal. Die SED habe, so Hager, längst den Beweis erbracht, daß sie in der Lage ist, „eine sich dynamisch entwickelnde sozialistische Gesellschaft aufzubauen und zu leiten“. Hagers Fazit: „Die im Programm der SED entwick-

wenige Themen, vor allem zur Außenpolitik. Seine Darlegungen etwa zur Situation der DDR-Wirtschaft hätten mit der tatsächlichen Lage der Ost-Ökonomie nur wenig gemein. Er wirke unkonzentriert, stark gealtert und habe offenbar das Zepter nicht mehr in der Hand.

Wie lange die SED-Führung ihre starre Haltung beibehalten kann, ist in Ost-Berlin seit dem „Sputnik“-Verbot das beliebteste Polit-Thema unter Dissidenten wie Genossen. Die „Sputnik“-Redakteure in Moskau sind da zuversichtlich. Sie glauben zwar nicht, daß die SED ihre Zensur wieder aufhebt, aber, so der stellvertretende Chefredakteur Wladimir Dobkin zum SPIEGEL: „Ich setze auf unsere Leser. Sie wollen informiert werden über unser Land und seine gegenwärtige Politik, und sie werden Mittel und Wege finden, sich eine objektive Information darüber zu verschaffen.“